



## 5. Motion Marcel Drescher (glp/GEU) und 10 Mitunterzeichnende "Schuldenbremse in Dübendorf" / Begründung und Überweisung GR Geschäft Nr. 166/2017

### Begründung Motion

Marcel Drescher (glp/GEU)

„Die Ausgaben im Griff zu haben heisst: sinnvolle Zukunftsinvestitionen zu sichern. Im aufgelegten Legislaturprogramm 2014 bis 2018 des Stadtrats, ist ein Aufgabenwachstum auf einem vertretbaren Niveau als Ziel formuliert. Weiter setzte sich der Stadtrat bis 2018 das Ziel «*ein Instrument der Schuldenbremse zu entwickeln und in einer formell gesetzlichen Grundlage zu verankern.*» Vielleicht renne ich hier heute offene Türen ein mit dieser Motion, aber sicher ist sicher, denn die Legislatur ist ja schon in einem Jahr wieder vorbei. Anlässlich der letzten Sitzungen in diesem Saal zu den Voranschlägen und Rechnungen unserer Stadt, haben sich zahlreiche Exponenten vieler Parteien hier am Rednerpult besorgt geäußert über die Aufwandentwicklung einerseits und die anstehenden Investitionen andererseits. Diese Besorgnisse sind real und hat mich veranlasst, diese Motion einzureichen. In guter Zusammenarbeit mit diversen Fraktionen wurde der vorliegende Vorstoss erarbeitet und durfte auf eine breite Unterstützung bei der Einreichung zählen. Was ist eine Schuldenbremse? Das primäre Ziel einer Schuldenbremse ist nicht die Verschuldung abzubauen, sondern sie über den Konjunkturverlauf hinweg konstant zu halten. Dies bewirkt dann bei wachsender Wirtschaft eine sinkende Verschuldungsquote. Auf lokaler Ebene gibt es keine mir bekannten Schuldenbremsen. Anders sieht das natürlich auf kantonaler und vor allem nationaler Ebene aus - seit der Verfassungsänderung vom Dezember 2001. Da auf Gemeindeebene viele Kosten gerade in der Laufenden Rechnung nicht direkt beeinflussbar sind und viele exogene Kosten entstehen, auf der anderen Seite auch die Einnahmen oft exogen beeinflusst werden, ist die Implementierung einer Schuldenbremse deutlich komplexer als im Kanton oder Bund. Trotzdem denken wir, dass auch hier Instrumente entwickelt werden könnten, die eben eine Schuldenbremse für die Gemeinde ermöglichen. Allenfalls sind dabei klar exogene Faktoren zu gewichten oder ganz ausser Acht zu lassen, um den Spielraum der Gemeinde nicht zu stark einzuengen. Warum ist eine Schuldenbremse notwendig? Während der letzten Jahre mussten regelmässig markante Aufwandsteigerungen verzeichnet werden, welche nur dank zusätzlicher Einnahmen aufgefangen werden konnten. Mit den anstehenden grossen Investitionen, welche die Stadt Dübendorf in den kommenden Jahren tätigen wird, entspannt sich diese Situation nicht und weitere Massnahmen für gesunde Finanzen müssen ergriffen werden, ansonsten die Verschuldungsquote unserer Stadt ungesund stark steigen könnte. Eine sinnvolle Schuldenbremse nimmt sämtliche Ausgaben ins Visier. So auch die Aufwände, die durch Investitionen entstehen - hier insbesondere auch die Folgekosten für Personal und Sachmittel. Sinnvolle Investitionen mit nachhaltigem Nutzen für die Stadt zu tätigen und konsequent Notwendiges von Gewünschtem zu trennen und zu hinterfragen, ist eine wichtige Aufgabe, welche nicht nur dem Stadtrat, sondern auch uns selber zukommt. Mehr denn je in Zukunft, angesichts der langen Liste an grösseren Vorhaben in nächster Zukunft: Mit der aktuellen Planung gemäss Finanzplan 2016-2020 liegt das Investitionsvolumen bei 152 Mio. Franken. Bei einer Zielsetzung gemäss Legislaturprogramm einer maximalen Verschuldung zum Ende einer Planperiode von maximal 50 Mio. Franken ist dies ohne weitere Massnahmen eine kaum realistische Vorgabe. Einige dicke Brocken:

- Alters- und Spitexzentrum, bereits in Realisierung, 35 Mio. Franken
- Schulhaus Birchlen, 28 Mio. Franken
- Schulhäuser Wil & Högler, 14 Mio. Franken
- Im Tiefbau sind 33 Mio. Franken eingestellt

Stägenbuck, ein zu erwartender riesiger Posten von mindestens 44 Mio. Franken für das Schulhaus plus 22 Mio. Franken für einen Neubau des Hallenbads alleine für die politische Gemeinde, sind ausserhalb des aktuellen Finanzplans ab 2021 eingestellt und somit noch nicht einmal Teil der vorab erwähnten 152 Mio. Franken. Übrigens sind im erwähnten Finanzplan für die kommenden Jahre ab 2021 insgesamt wieder 146 Mio. Franken eingestellt. Kaum weniger beruhigend als die 152 Mio.



Franken für den aktuellen Plan. Also, keine Entspannung in Sicht! Eine Schuldenbremse erfordert einerseits auch bei den Investitionen eine Priorisierung und eine gezielte Verzichtsplanning wünschbarer aber nicht notwendiger Projekte wie bspw. das Haus der Sicherheit, zusätzlicher Saal bei der Oberen Mühle, Ausbau der Hermikonstrasse etc. Andererseits erfordert es auch eine Optimierung der notwendigen Projekte, damit deren Kosten-Nutzen-Rechnung für den Finanzhaushalt optimal ist (bspw. die Schulhäuser Birchlen oder Stägenbuck). Daraus ergibt sich, abgeleitet aus den aktuellen Legislaturzielen, folgender Auftrag an den Stadtrat: «Der Stadtrat wird eingeladen, idealerweise bis zum Voranschlag 2018, spätestens jedoch bis zum Voranschlag 2019, ein Instrument der Schuldenbremse zu entwickeln und in einer formell gesetzlichen Grundlage zu verankern.» Gut Ding will bekanntlich Weile haben. Wir können uns vorstellen, dass die notwendigen Abklärungen, ein solches Instrument wirksam einzusetzen, Zeit in Anspruch nehmen. Weshalb wir dem Stadtrat terminlich gesehen die freie Wahl zwischen Einführung mit dem Voranschlag 2018 oder Voranschlag 2019 lassen. Ich möchte mich für die gute und konsensorientierte Zusammenarbeit mit den verschiedenen Fraktionen an dieser Stelle nochmals bedanken. Ich wünschte mir in Zukunft wieder mehr, dass wir Dübendorf mit guten Kompromissen vorwärts bringen. Herzlichen Dank, dass Sie diese Motion unterstützen, damit sich die Stadt Dübendorf für die Herausforderungen der Zukunft rüsten kann, finanziell auf gesunden Beinen steht und sich nachhaltige, sinnvolle und notwendige Investitionen weiterhin leisten kann.“

#### *Stellungnahme Stadtrat Martin Bäumle (glp/GEU)*

„Das Legislaturziel des Stadtrats wurde erwähnt. Es wäre nun wohl etwas schwer nachvollziehbar, wenn der Stadtrat sagen würde, dass er etwas, was ein Legislaturziel betrifft, ablehnen würde. Ich will aber vorausschicken, dass es nicht ganz einfach ist, eine Schuldenbremse für eine Gemeinde zu entwickeln. Nach unseren bisherigen Abklärungen wären wir wohl die erste Gemeinde in der Schweiz, die ein solches Instrument hätte. Wir können also kein erfolgreiches Rezept kopieren, was am Einfachsten wäre. Ich habe mich auch im Ausland etwas umgehört. Es ist gar nicht so einfach, etwas Vergleichbares zu finden. Die Schweiz scheint auch hier bezüglich Schuldenbremse doch relativ pionierhaft zu sein. Wir können auch nicht einfach die Schuldenbremse des Bundes übernehmen, da diese ans Bruttoinlandprodukt (BIP) gekoppelt ist. Das BIP auf Dübendorf hinunterzubrechen wäre relativ schwierig. Und auch die kantonale Schuldenbremse kann nicht einfach als Beispiel dienen. Dies heisst, dass wir etwas Neues entwickeln müssen. Erste Ideen und Ansätze sind vorhanden, jedoch noch relativ unausgegoren. Darum bin ich dankbar, dass dieser Vorstoss mit dem Vermerk „wenn möglich“ auf den Voranschlag 2018 hinzielt. Ich betrachte dies aufgrund der Zeitabläufe als unrealistisch. Ziel müsste aber sein, dass ein Vorlagenentwurf vor Ende der Legislatur vorliegt, damit es zumindest nicht heisst, der Stadtrat wäre das Thema überhaupt nicht angegangen. Ich will aber auch vorausschicken, dass eine solche Schuldenbremse nicht nur Hirnschmalz um sie zu entwickeln und einzuführen fordert, sondern nachher in der Umsetzung auch den entsprechenden Willen des Parlaments, der Exekutive und auch des Volks braucht, damit diese Schuldenbremse auch wirken kann. In diesem Sinne, da der Stadtrat das Thema sowieso als Legislaturziel aufgenommen hat und daran arbeiten will, ist der Stadtrat auch bereit, diese Motion entgegenzunehmen.“

#### Allgemeine Diskussion

#### *Theo Johner (BDP/EVP)*

„Wir teilen natürlich die Bedenken der Motionäre, welche vorhin ausgeführt wurden. Die Situation ist so, wie sie geschildert wurde. Wir teilen auch die Bedenken des Stadtrats, dass es sehr schwierig wird, etwas Sinnvolles zu entwickeln. Darum ist die Mehrheit der BDP/EVP-Fraktion gegen diese Motion. Ich will dies noch etwas detaillierter begründen. In jedem Budget haben wir gewünschte Ausgaben der Verwaltung, des Stadtrats und auch aus Vorstössen des Parlaments. Je nach dem resultiert dann im Budget, über welches das Parlament zu beschliessen hat, ein Ausgabenüberschuss



oder nicht. Es ist eines der wenigen Geschäfte, worüber der Gemeinderat die abschliessende Entscheidungskompetenz hat. Er kann somit entscheiden, ob er Ausgaben zurückweist, dh. Positionen aus dem Budget streicht. Er entscheidet auch, ob er eine Erhöhung des Steuerfusses will, um die Einnahmen und Ausgaben in Übereinklang zu bringen, oder ob er die Schulden erhöhen will. Letzteres wird in den meisten Fällen nicht die beste Idee sein, kann aber bei kurzfristigen Investitionen durchaus sinnvoll sein. Aus unserer Sicht macht es keinen Sinn, dass sich der Gemeinderat diese Kompetenz wegnehmen lässt, in dem er in einem Gesetz etwas festschreibt. Gerade weil es eine solch komplexe Sache ist und viele Ausgaben auch von aussen vorgegeben sind, können wir uns auch nicht vorstellen, dass ein Gesetz gefunden werden kann. Denn es wird ja ein Gesetz gefordert, welches für den jeweiligen Fall im konkreten Jahr wirklich auch zutrifft. Es soll passen, uns nicht zu sehr einengen und uns genau die Freiheit lassen, das was in der jeweiligen Situation am meisten Sinn macht, umzusetzen. Die Kompetenz soll beim Gemeinderat bleiben. Dass sich der Gemeinderat mit dieser Motion seine Rechte selber wegnimmt, im Einzelfall selbst entscheiden zu können, finden wir nicht gut.“

*Tanja Walliser (SP/Grüne)*

„Die Mehrheit der SP/Grüne-Fraktion hat Mühe zu verstehen, worin die Notwendigkeit für eine Schuldenbremse in Dübendorf gesehen wird. Die Motionäre reden von markanten Aufwandsteigerungen in den letzten Jahren. Das ist zwar korrekt, aber auch absolut logisch, wenn die Bevölkerung von einer Gemeinde derart wächst wie das in Dübendorf der Fall ist. Mehr Leute heisst mehr Staatsausgaben, kein Grund für Alarmismus. Denn aus dem gleichen Grund sind ja auch die Einnahmen gestiegen, sogar der Steuerfuss konnte gesenkt werden. Die Motionäre geben ja auch zu, dass die Rechnung längerfristig ausgeglichen war. Normalerweise ist von Schuldenbremsen die Rede, wenn die Finanzen aus dem Ruder geraten sind, es jahrelange Defizite gibt oder eine massive Überschuldung. In Dübendorf allerdings hat die Bruttoverschuldung kontinuierlich abgenommen und ist heute minim. Finanzpolitisch gibt es aber noch einen weiteren wichtigen Punkt in dieser Debatte. Ein Gemeinwesen ist keine Privatperson. Private und öffentliche Schulden sind nicht zu vergleichen. Wenn ich Fr. 10'000.00 Schulden habe, ist das etwas Anderes, als wenn die Gemeinde Schulden hat. Was die Staatschuld betrifft, haben die meisten Leute eine falsche Vorstellung. Unter der Staatsschuld wird in der Regel die so genannte Bruttoschuld verstanden, also die Summe von allen ausstehenden Krediten. Doch die öffentliche Hand hat auch Vermögen, in Form von Liegenschaften, Beteiligungen, Wertpapieren etc. Wenn man diese der Bruttoschuld gegenüberstellt, relativiert sich das Bild stark. Und darum ist es eben auch kein Problem, wenn sich die Stadt für ein paar Jahre wegen Neuinvestitionen wie jetzt bspw. dem Schulhaus Stägenbuck verschulden muss. Solange die laufenden Ausgaben durch die Steuereinnahmen gedeckt sind, ist das absolut Usus, und beim jetzigen Zinsniveau sogar gut. Der Nachteil einer Schuldenbremse ist, dass das Gemeinwesen gezwungen ist, mit Überschüssen laufend Schulden abzubauen, auch wenn die Überschüsse kurzfristig für anderes dringender gebraucht werden würden und ein gewisses Mass an Verschuldung eben kein Problem ist. Das führt dann dazu, dass die öffentlichen Investitionen laufend abgenommen haben, also die Mittel für Neuinvestitionen fehlen. Weiter fragt man sich nach der Motivation der Motionäre. Interessant ist ja, dass die Motion auch von der glp/GEU kommt. Da fragen wir uns, ob sie ihrem eigenen Finanzchef nicht trauen? Oder ist die Schuldenbremse ein Versuch, für die Zeit nach den bevorstehenden Wahlen vorzuspüren? Herrscht vielleicht Angst, dass es einen Linksrutsch geben könnte und will jetzt schon mit einem finanzpolitischen Instrument verhindern, dass dann längst überfällige Projekte wie die Stadtkernplanung, die Überbauung des Leepünchs, die Sanierung von Schulen, die Einführung von einer Tagesschule, die Förderung vom gemeinnützigen Wohnungsbaus etc. endlich realisiert werden? Womit wir bei einem gewichtigen Argument gegen die Schuldenbremse wären: Sie legt dem Gemeinde- und Stadtrat unnötige Fesseln an. Das betrifft auch aussergewöhnliche Situationen, wie bspw. Naturkatastrophen, wo dann nicht mehr autonom reagiert werden kann. Aber die Schuldenbremse ist auch demokratiepolitisch sehr heikel, weil sie es uns nicht erlaubt, frei zu entscheiden, für was die Gemeinde Geld ausgeben soll. Auf der Ausgabenseite wird dauernd ein Spardruck künstlich



hergestellt, was die öffentliche Hand dazu zwingt, auch in wichtigen Zukunftsbereichen wie in der Bildung und in der Sozialpolitik zu sparen. Aber wenn wir ganz ehrlich sind, ist das immer auch ein Ziel der bürgerlichen Finanzpolitik, auch auf eidgenössischer Ebene: die Ausgaben des Staats in den Bereichen, wo es allen zugutekommt herunterfahren, und dafür bspw. Milliarden für die Armee auszugeben. Auch der Bundesrat hinterfragt aktuell die Wirksamkeit der Schuldbremse. Er hat bei der KOF/ETH einen Expertenbericht in Auftrag gegeben, welche die Vor- und Nachteile der Schuldbremse aufzeigen soll. An die Mehrheit in diesem Saal appelliere ich, dieser Motion nicht aus ideologischen Gründen zuzustimmen, sondern wenigstens diesen Bericht abzuwarten. Die SP/Grüne-Fraktion will ein Dübendorf für alle, statt für wenige. Wir wollen Investitionen in die Zukunft, in unsere Schulen und kein unnötiges Korsett, welches uns die Luft abschnürt.“

*Patrick Schärli (CVP)*

„Der Stadtrat hat in seinem Legislaturprogramm 2014 bis 2018 das Instrument der Schuldbremse von sich aus aufgenommen, bisher aber dazu keine Gedanken oder Vorschläge verlauten lassen. Die vorliegende Motion hilft also dem Stadtrat, seine eigenen Ziele für die bald zu Ende gehende Legislatur zu erreichen. Der Vorstoss schlägt in dieselbe Kerbe wie es die CVP an der letzten Budget-Debatte gemacht hat. Damals haben wir unsere Bedenken dazu geäußert, ob der Stadtrat mit dem Steuerfranken sorgsam genug umgeht. Auf die einzelnen Kosten-Positionen, welche in der Vergangenheit angestiegen sind und es sehr wahrscheinlich auch in der Zukunft tun werden, muss ich hier jetzt nicht eingehen. Im Voranschlag 2017 hat der Stadtrat sich und der Verwaltung Budgetvorgaben gemacht, um die Kosten einigermaßen unter Kontrolle zu bekommen. Wir alle kennen das Resultat: Um satte 2,2 Mio. Franken wurden diese Vorgaben überschritten! Und zwar in praktisch allen Abteilungen. Die CVP hat in der Budget-Debatte festgehalten, dass sich die Aufwandspirale nicht weiter in die Höhe schrauben darf und, ähnlich wie beim Bund und Kanton, eine Leistungsüberprüfung bei der Stadtverwaltung gefordert. Insbesondere ist für uns aber eine Diskussion über die Anforderungen und die relevanten Qualitätsmerkmale wichtig und notwendig. Es braucht ein Leistungsmanagement, welches zu einem optimalen Kosten-Nutzen-Verhältnis für die Bevölkerung und dem Steuerzahler führt. Die Schuldbremse darf also nicht zu einer linearen Kostenreduktion à la McKinsey verkommen. Solche Übungen haben auch in der Privatwirtschaft ihre Wirkung mehr als verfehlt. Anfangs gestrichene Positionen sind in ein bis zwei Jahren wieder da und kosten dann mehr als zuvor. Die Schuldbremse darf nach Meinung der CVP auch nicht gleichbedeutend sein mit einer Investitionsbremse. In unsere Infrastruktur zu investieren und die Lebensqualität in den Quartieren und im Zentrum zu steigern bringt neue Einwohner und Steuerzahler. Investitionen steigern also den Steuerertrag und unterstützen somit das Ziel, den Stadthaushalt ausgeglichen zu gestalten. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mit der Unterstützung dieser Motion helfen wir dem Stadtrat, seine eigenen Ziele zu erreichen. Das Instrument der Schuldbremse kann dem Stadtrat helfen, die Kosten, welche die Verwaltung selber beeinflussen kann, in den Griff zu bekommen. Wir machen einen Schritt in Richtung einer optimierten Stadtverwaltung mit einer vorteilhaften Leistungsstruktur und einer Wertschöpfungstiefe, die für alle Beteiligten zufriedenstellend ist.“

*Patrick Walder (SVP)*

„Die SVP-Fraktion ist sehr erfreut, dass der Gemeinderat es geschafft hat, überparteilich einen solch wichtigen finanzpolitischen Vorstoss zu formulieren und einzureichen. Mehrere Fraktionen haben sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Es zeigt, dass mehrere Fraktionen erkennen, dass die stetige Aufwandsteigerung nicht einfach ungebremst akzeptiert oder mit zusätzlichen Einnahmen kompensiert werden darf. Wie Marcel Drescher auch sagte, ist es natürlich nicht nur ein Auftrag an den Stadtrat, sondern auch ein Auftrag an den Gemeinderat selber. Auch der Gemeinderat muss bei jedem Geschäft die unbedingte Notwendigkeit der Ausgabe überprüfen und das Notwendige vom Wünschenswerten klar abgrenzen. Dies bedeutet, auch mal auf etwas Wünschenswertes, was teuer, jedoch nicht unbedingt notwendig ist, zu verzichten.“

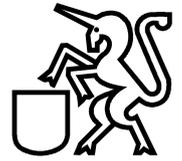


Vorhin wurde behauptet, diese Schuldenbremse hätte gar keine Notwendigkeit und wir hätten finanziell kein Problem in Dübendorf. Meine Damen und Herren, eine Motion mit einer Strukturänderung wie einer Schuldenbremse muss im richtigen Moment eingereicht werden. Ich bin davon überzeugt, jetzt ist der richtige Moment, um noch korrigierend einwirken zu können. Denn eine Aufwandssteigerung in diversen Abteilungen und auch über gebundene Ausgaben heraus, verursacht durch den Gemeinderat, teilweise auch durch den Stadtrat, ist ganz klar erkennbar. Die Sprecherin der SP/Grüne-Fraktion sagte, man dürfe den Staat nicht mit Privaten vergleichen. Damit hat sie absolut Recht. Der grosse Unterschied: Beim Staat gibt man das Geld von anderen aus, bei den Privaten das eigene Geld. Und gerade darum bekräftigt allein schon das Votum der SP/Grüne-Fraktion, dass eine Schuldenbremse mehr als nur notwendig wird. Wie diese Schuldenbremse dann wirklich aussieht, können wir jetzt noch nicht definitiv sagen. Dübendorf wäre wahrscheinlich die erste Gemeinde, die dieses Thema effektiv an die Hand nimmt. Und darum möchte ich auch im Sinne der Erarbeitung einer guten Lösung, den Stadtrat jetzt schon einladen, die Fraktionen frühzeitig einzubeziehen. Es gibt doch ein paar offene Fragen, wie eine solche Schuldenbremse gestaltet werden kann. Die entscheidenden Fragen hierzu sind der Zeitraum, die Faktoren (Budget / Rechnung oder beides) sowie das Quorum für abweichende Regelungen. Hier möchte ich auch meine Bedenken äussern, dass die Schuldenbremse einfach starr und strikt ist. In Notsituationen - wie sie von der Sprecherin der SP/Grüne-Fraktion genannt wurden - gibt es in jeder Schuldenbremse abweichende Quoren. Man muss nur festsetzen, wie diese gestaltet werden sollen. Die SVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion zu überweisen - im Sinn einer sinnvoller und langfristigen Finanzplanung in Dübendorf.“

*Andrea Kennel (parteilos)*

„Wann braucht es eine Bremse? Wann braucht es eine Schuldenbremse?“

Eine Schuldenbremse braucht es dann, wenn man nicht auf Kurs ist. Betrachtet man nur die aktuelle Finanzlage der Stadt, so braucht Dübendorf sicher keine Schuldenbremse. Beziehen wir aber den grossen Investitionsstau mit ein, welcher klar beziffert wurde, so sieht die Situation etwas anders aus. Wir haben einen Berg von Investitionen, welche zwingend und nötig sind. Auch wenn Dübendorf heute sicher keine Schuldenbremse braucht, heisst das nicht, dass man sich nicht vorsorglich mit dieser Thematik auseinandersetzen darf. Dabei ist es mir wichtig, zwischen der grundlegenden Idee der Schuldenbremse und wie diese in der Schweiz teilweise umgesetzt wird, zu unterscheiden. Was genau ist die Idee der Schuldenbremse? Zitat Wikipedia: *„Als Schuldenbremse werden Verfassungsbestimmungen und völkerrechtliche Verträge zur Begrenzung staatlicher Haushaltsdefizite bzw. Staatsschulden bezeichnet. Schuldenbremsen verpflichten Regierungen und Parlamente, Verschuldungsgrenzen einzuhalten. Teilweise bestimmen sie auch, eine vorübergehende Verletzung dieser Vorgaben nachträglich aufzuholen.“* Das bedeutet nicht, dass es keine Verschuldung mehr geben darf und es bedeutet auch nicht, dass Ausgaben gekürzt oder Investitionen verhindert werden müssen. Das bedeutet nur, dass sich der Staat oder in unserem Falle die Stadt Dübendorf eine Grenze für die Verschuldung setzt. Für mich bedeutet das, dass man sieht, wo heute der Spielraum ist. Je nachdem, wie diese Grenze gesetzt wird, bedeutet die Schuldenbremse auch, dass wir aktuell nicht bremsen müssen, sondern Gas geben können. Daher finde ich es nicht störend, wenn der Stadtrat sich mit dem Thema auseinandersetzt und festlegt, wie die Schuldenbremse in Dübendorf definiert werden kann. Ob ich einer ausgearbeiteten Schuldenbremse für Dübendorf schlussendlich zustimmen kann, hängt stark davon ab, was diese enthält. Darum möchte ich das unterstützen, was Patrick Walder sagte, dass es bei einer Erarbeitung wichtig ist, dass alle Fraktionen mit dabei sein werden. Die Schuldenbremse darf auf gar keinen Fall zu einer blinden Sparwut führen oder dazu, dass wir noch mehr Investitionen auf die lange Bank schieben. Dübendorf muss sich dringend und zwingend weiterentwickeln. Wichtig ist auch, dass die Schuldenbremse HRM2 berücksichtigt. Mit HRM2 werden Investitionen anders und längerfristig als heute beschrieben. Das bedeutet, dass beispielsweise diverse Liegenschaften der Stadt Dübendorf neu bewertet werden und damit auch die Finanzlage von Dübendorf neu bewertet wird. Auch dies muss in die Schuldenbremse miteinfließen. Weiter ist es auch wichtig, dass wir nicht nur - wie es die glp/GEU machte, zwischen zwingend notwendig und



wünschenswert unterscheiden. Im Finanzplan ist aktuell zwischen notwendig, Entwicklungsbedarf und wünschenswert unterschieden. Eine vernünftige Schuldenbremse zu definieren ist also nicht einfach, aber auch nicht dringend. Daher werde ich mich bei der Motion der Stimme enthalten. Sollte die Motion überwiesen werden, erwarte ich vom Stadtrat, dass die Schuldenbremse nicht zu einer Investitionsbremse verkommt, sondern neu und fortschrittlich definiert wird und damit als Vorbild für andere Gemeinden sein kann.“

### **Abstimmung**

Die Motion „Schuldenbremse für Dübendorf“ wird dem Stadtrat mit 22 zu 10 Stimmen zur Berichterstattung und Antragsstellung überwiesen.

Die Richtigkeit bescheinigt

Beatrix Pelican  
Gemeinderatssekretärin